

Stand: 26.06.2026 17:57:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22325

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22325 vom 30.05.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22363 des BU vom 05.06.2018
3. Beschluss des Plenums 17/22440 vom 06.06.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018



## Antrag

der Abgeordneten **Tobias Reiß, Alexander König, Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Helmut Brunner, Alex Dorow, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Bernd Kränzle, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann CSU,**

**Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz SPD,**

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Subsidiarität

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Das mit der Richtlinie verfolgte Ziel eines verbesserten Verbraucherschutzes ist anerkennenswert. Der Europäischen Union fehlt jedoch für die vorgeschlagene Regelung zur Einführung eines Verbandsklagerechts die Regelungskompetenz. Die vorgeschlagene Richtlinie lässt sich weder auf Art. 114 (Binnenmarktkompetenz), noch auf Art. 169 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV (Verbraucherschutz) stützen.

Art. 114 AEUV zielt auf Regelungen zur Errichtung und für das Funktionieren des Binnenmarkts ab. Darunter fällt jedoch nicht jede Maßnahme, die geeignet ist, dem Binnenmarkt zuträglich zu sein. Ein solches Verständnis würde zu einer Aushöhlung des Grundsatzes der begrenzten Einzelermächtigung führen. Vielmehr kann Art. 114 AEUV Kompetenzgrundlage nur für Maßnahmen sein, die Hindernisse für die Verwirklichung der Grundfreiheiten oder erhebliche Wettbewerbsverzerrungen beseitigen sollen. Eine Richtlinie über ein Verbandsklagerecht kann zwar geeignet sein, das Vertrauen in den Binnenmarkt allgemein zu stärken und die binnenmarktweite Nachfrage anzukurbeln. Das erfüllt jedoch nicht die Voraussetzungen des Art. 114 AEUV und entspricht im Übrigen nicht der eigentlichen Intention der Binnenmarktkompetenz. Der ebenfalls herangezogene Art. 169 Abs. 2 lit. a) AEUV stellt keine eigene Ermächtigungsgrundlage für eine Richtlinie dar, da er lediglich Maßnahmen zur Unterstützung, Ergänzung und Überwachung der Politik der Mitgliedstaaten im Bereich des Verbraucherschutzes vorsieht.

Bei der vorgeschlagenen Verbandsklage handelt es sich jedoch der Sache nach um eine EU-Vorgabe im Bereich des Zivilverfahrensrechts. Dort sind die EU-Kompetenzen jedoch eng begrenzt. Zuständig sind die Mitgliedstaaten. Der vorliegende Vorschlag will die Mitgliedstaaten zur Einführung einer Verbandsklage auch für rein nationale Sachverhalte verpflichten. Dies erlaubt Art. 81 Abs. 2 AEUV jedoch nicht. Das Recht der Bundesrepublik Deutschland, ihr Zivilverfahrensrecht für inländische Sachverhalte auszugestalten, muss gewahrt werden.

Im Übrigen erscheint es zweifelhaft, ob der Vorschlag den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahrt. Denn vorrangig sind immer eigene Regelungen im Zivilverfahrensrecht des einzelnen Mitgliedstaats, die auf die landestypischen Besonderheiten und juristischen Traditionen eingehen können. So gibt es in Deutschland Ansätze zur Stärkung des kollektiven Rechtsschutzes über die Einführung einer Musterfeststellungsklage. Die Möglichkeiten, den kollektiven Rechtsschutz auszugestalten, darf die Europäische Union nicht einschränken.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Alexander König,  
Dr. Franz Rieger u.a. CSU,  
Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD,  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 17/22325

### **Subsidiarität**

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und  
des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen  
der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie  
2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichtersteller: **Dr. Franz Rieger**  
Mitberichtersteller: **Georg Rosenthal**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 5. Juni 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Zustimmung
  - SPD: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - B90/GRÜ: AblehnungZustimmung empfohlen.

**Dr. Franz Rieger**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Tobias Reiß, Alexander König, Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Helmut Brunner, Alex Dorow, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Bernd Kränzle, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann CSU,**

**Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz SPD,**

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/22325, 17/22363

#### Subsidiarität

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18**

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Das mit der Richtlinie verfolgte Ziel eines verbesserten Verbraucherschutzes ist anerkennenswert. Der Europäischen Union fehlt jedoch für die vorgeschlagene Regelung zur Einführung eines Verbandsklagerechts die Regelungskompetenz. Die vorgeschlagene Richtlinie lässt sich weder auf Art. 114 (Binnenmarktkompetenz), noch auf Art. 169 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union – AEUV (Verbraucherschutz) stützen.

Art. 114 AEUV zielt auf Regelungen zur Errichtung und für das Funktionieren des Binnenmarkts ab. Darunter fällt jedoch nicht jede Maßnahme, die geeignet ist, dem Binnenmarkt zuträglich zu sein. Ein solches Verständnis würde zu einer Aushöhlung des Grundgesetzes der begrenzten Einzelermächtigung führen. Vielmehr kann Art. 114 AEUV Kompetenzgrundlage nur für Maßnahmen sein, die Hindernisse für die Verwirklichung der Grundfreiheiten oder erhebliche Wettbewerbsverzerrungen beseitigen sollen. Eine Richtlinie über ein Verbandsklagerecht kann zwar geeignet sein, das Vertrauen in den Binnenmarkt allgemein zu stärken und die binnenmarktweite Nachfrage anzukurbeln. Das erfüllt jedoch nicht die Voraussetzungen des Art. 114 AEUV und entspricht im Übrigen nicht der eigentlichen Intention der Binnenmarktkompetenz. Der ebenfalls herangezogene Art. 169 Abs. 2 lit. a) AEUV stellt keine eigene Ermächtigungsgrundlage für eine Richtlinie dar, da er lediglich Maßnahmen zur Unterstützung, Ergänzung und Überwachung der Politik der Mitgliedstaaten im Bereich des Verbraucherschutzes vorsieht.

Bei der vorgeschlagenen Verbandsklage handelt es sich jedoch der Sache nach um eine EU-Vorgabe im Bereich des Zivilverfahrensrechts. Dort sind die EU-Kompetenzen jedoch eng begrenzt. Zuständig sind die Mitgliedstaaten. Der vorliegende Vorschlag will die Mitgliedstaaten zur Einführung einer Verbandsklage auch für rein nationale Sachverhalte verpflichten. Dies erlaubt Art. 81 Abs. 2 AEUV jedoch nicht. Das Recht der Bundesrepublik Deutschland, ihr Zivilverfahrensrecht für inländische Sachverhalte auszugestalten, muss gewahrt werden.

Im Übrigen erscheint es zweifelhaft, ob der Vorschlag den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahrt. Denn vorrangig sind immer eigene Regelungen im Zivilverfahrensrecht des einzelnen Mitgliedstaats, die auf die landestypischen Besonderheiten und juristischen Traditionen eingehen können. So gibt es in Deutschland

Ansätze zur Stärkung des kollektiven Rechtsschutzes über die Einführung einer Musterfeststellungsklage. Die Möglichkeiten, den kollektiven Rechtsschutz aus-

zugestalten, darf die Europäische Union nicht einschränken.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 3 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 155/18 betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Einschlägig sind hier die Drucksache 17/22325 sowie die Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/22363. Die Beratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Von der Abstimmung ausgenommen ist die **Listennummer 4**, das ist der Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm betreffend "Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte\*n für Bayern ernennen", der auf Wunsch von Frau Stamm in einer der nächsten Plenarsitzungen einzeln beraten werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 29. März 2018 (1 BvR 1619/17) betreffend Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen
- a) Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, Art. 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nr. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, Art. 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Satz 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (BayGVBl. S. 145, BayRS 12-1-I),
- b) Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (BayGVBl. S. 458)

PII-G1320.17-0004

Drs. 17/22207 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.  
 II. Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.  
 III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 03. April 2018 (Vf. 5-VIII-18) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
  2. Bayerische Staatsregierung
- vom 26. März 2018 über die Frage, ob § 1 Nr. 2 bis 6, 8, 9, 11 und 12 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) die Bayerische Verfassung verletzen  
PII/G1310.18-0006  
Drs. 17/22208 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

### Europaangelegenheit

3. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Alexander König, Dr. Franz Rieger u.a. CSU, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG, COM (2018) 184 final, BR-Drs. 155/18  
Drs. 17/22325, 17/22363 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm  
Vielfalt akzeptieren! Queer-Beauftragte\*n für Bayern ernennen  
Drs. 17/16942, 17/22211 (A)

**der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten**

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Standards der Unterbringung und Gewaltschutzkonzepte in bayerischen  
Asylbewerberunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen  
Drs. 17/17306, 17/22112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Versäumnisse im Mordfall in der Unterkunft bei Arnschwang  
Drs. 17/17307, 17/22212 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Claudia Stamm  
Unterkünfte für queere Geflüchtete und Schaffung der Position einer  
Landesbeauftragten bzw. eines Landesbeauftragten für queere Geflüchtete  
Drs. 17/18013, 17/22230 (A)

**Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3  
BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum  
„Enthaltung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.**

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Schutz vor sexueller Gewalt im Gleichstellungsgesetz umsetzen  
Drs. 17/18710, 17/22010 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sexualisierte Gewalt verhindern und wirksam bekämpfen:  
Bayerisches Gleichstellungsgesetz reformieren  
Drs. 17/18723, 17/22011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Assistierte Ausbildung erhalten und weiterentwickeln  
Drs. 17/20364, 17/22248 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verlängerung der S-Bahn von Dombühl nach Crailsheim  
Drs. 17/20531, 17/22263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Halbstundentakt für die Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt:  
Angebotsverbesserungen erfolgreich in die Fläche bringen  
Drs. 17/20536, 17/22264 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Amazon und Co. – Einfluss von Online-Marktplätzen auf den bayerischen Einzelhandel  
Drs. 17/20807, 17/22265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD  
Milliarden-Infrastruktur erhalten – Sanierungssituation des öffentlichen Kanalnetzes zeitnah verbessern  
Drs. 17/20827, 17/22137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Regionalplanung ermöglichen  
Drs. 17/20832, 17/22266 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bundesmittel auch für SPNV-Strecken bereitstellen  
Drs. 17/20927, 17/22267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer CSU  
Run-off-Entwicklung in der Versicherungswirtschaft  
Drs. 17/20996, 17/22268 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Verbesserungen des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm  
Drs. 17/21007, 17/22269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD  
Verwaltungsangestellte an den Schulen in Bayern verdienen mehr –  
bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsverträge  
Drs. 17/21016, 17/22249 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ilona Deckwerth, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt verbessern – öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung der Beschäftigungsquote  
Drs. 17/21137, 17/22233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Stärkung betrieblicher Kinderbetreuungsangebote verbessern  
Drs. 17/21138, 17/22234 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Digitale Bereitstellung aller Bauleitpläne  
Drs. 17/21140, 17/22270 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD  
Weitere Behandlung der offenen Fragen zur Verwendung der öffentlichen Mittel für die Sanierung des Neuen Schlosses Pappenheim  
Drs. 17/21148, 17/22279 (E)

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Selbstständigkeit und Arbeitsmotivation junger Menschen in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe fördern – Bestimmungen zur Anrechnung eigenen Einkommens verbessern  
Drs. 17/21156, 17/22244 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für eine aussagekräftige Klimabilanz Bayern  
Drs. 17/21157, 17/22043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Überprüfung der Auswirkungen und Umsetzung einer bundes- und europaweiten Milchmengenreduzierung  
Drs. 17/21227, 17/22078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Lieferengpässen bei Cannabis für medizinische Zwecke entgegenwirken  
Drs. 17/21228, 17/22252 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.**

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)  
EEG-Umlage für hocheffiziente KWK erhalten und schnell Rechtssicherheit schaffen  
Drs. 17/21250, 17/22271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Zukunftsplan Mobilität für eine Verkehrswende in Bayern 2030 –  
Mobilitätssicherung für Land und Stadt  
Drs. 17/21251, 17/22272 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Cross Compliance: Kontrollen auch bei Haupterwerbsbetrieben mindestens 24  
Stunden vorher anmelden und verträglich gestalten!  
Drs. 17/21255, 17/22232 (A)

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Für ein gutes Miteinander der Generationen:  
Mehrgenerationenhäuser in Bayern gerecht und unbürokratisch fördern!  
Drs. 17/21265, 17/22245 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Boden in Bayern als natürliche Lebensgrundlage schützen, Leistungsfähigkeit  
des Naturhaushalts dauerhaft verbessern – eine Humusstrategie für Bayern  
Drs. 17/21267, 17/22247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal,  
Inge Aures u.a. SPD  
Umsetzung von EU-Recht in Bayern  
Drs. 17/21272, 17/22061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Reduzierte EEG-Umlage für KWK-Anlagen erhalten –  
Bayerisches KWK-Förderprogramm auf den Weg bringen  
Drs. 17/21279, 17/22273 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Faire Bezahlung von Frauen und Männern vorantreiben –  
Lösungen auf den Weg bringen  
Drs. 17/21281, 17/22113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Berufsgrundschuljahr für Geflüchtete gestatten –  
geplante Prüfung durch Ausländerbehörden entfallen lassen  
Drs. 17/21450, 17/22259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bienensterben stoppen –  
Keine bienengefährlichen Pestizide in Haus- und Kleingärten  
Drs. 17/21453, 17/22304 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Eric Beißwenger, Eberhard Rotter u.a. CSU  
Nutzung von Wegen im Voralpen- und Alpinengebiet durch Mountainbiker regeln  
Drs. 17/21454, 17/21996 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU  
Hebammenhilfe: Steigerungssatz für privat versicherte Patientinnen auf 2,0 erhöhen  
Drs. 17/21458, 17/22253 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU  
Trinkwasserverordnung  
Drs. 17/21459, 17/22254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU  
Vereinfachung der Eingrünungspläne  
Drs. 17/21488, 17/21997 (G)  
Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Judith Gerlach u.a. CSU  
Grundlegende Beratungsstruktur für ehemalige Heimkinder in Bayern auch über das Auslaufen des Fonds Heimerziehung hinaus aufrechterhalten  
Drs. 17/21489, 17/22235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU  
Umsetzung der Vorgaben des Arbeitssicherheitsgesetzes und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bei der Bayerischen Polizei  
Drs. 17/21539, 17/22138 (E) [X]

**Auf Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Neue Arbeitszeitmodelle bei der Bayerischen Polizei nicht weiter an der Realität vorbei planen – Handlungsspielraum für die Polizei schaffen!  
Drs. 17/21547, 17/22096 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Tobias Reiß, Ingrid Heckner, Wolfgang Fackler u.a. CSU  
Dienstvereinbarung zu Arbeitszeitmodellen im Schicht- und Wechselschichtdienst bei der Bayerischen Polizei  
Drs. 17/21592, 17/22097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte u.a. SPD  
Volle Berücksichtigung von Zeiten der Teilzeitbeschäftigung bei Berechnung der Wartezeit für einen Anspruch auf Ruhegehalt  
Drs. 17/21675, 17/22012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Karenzzeit auch für Beamte der höheren Qualifikationsebenen  
Drs. 17/21677, 17/22013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wertvolle Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern fortführen  
Drs. 17/21034, 17/22260 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>